

Expressis verbis

»Nicht durch die Hand eines anderen sollen die Menschen sterben, sondern an der Hand eines anderen.«

Bundespräsident Horst Köhler auf einer Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz in Würzburg.

»Eine Gesellschaft, die aus Heilern Henkern machen will, hat aufgehört eine humane zu sein.«

Die Ärztin und Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA), Claudia Kaminski.

»Die Vertreter der Euthanasieforderung legen in der Regel großen Wert darauf, nicht mit der kriminellen Praxis der Nationalsozialisten in Zusammenhang gebracht zu werden. Dieser Zusammenhang aber ist nicht zu leugnen.«

Der Philosoph Robert Spaemann in einem Zeitungsbeitrag für die »Stuttgarter Zeitung«.

»Wenn wir sagen, dass menschliches Leben Würde hat, dann meinen wir doch, dass es keinen Zustand dieses menschlichen Lebens gibt, den wir als lebensunwert bezeichnen dürfen.«

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Christoph Böhr in einem Gastbeitrag für die katholische Zeitung »Die Tagespost«.

»Vordergründig geht es um das Mitleid, um die Forderung nach dem so genannten selbst bestimmten Tod. Tatsächlich aber geht es um die Frage, wie wir Gesundheit und Pflege in Zukunft noch finanzieren können.«

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe im »Rheinischen Merkur« über die Hintergründe der Debatte um die »Tötung auf Verlangen«.

»Menschlichem Leid darf nicht durch Tötung, sondern muss durch Zuwendung begegnet werden.«

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber in einem Statement für die Zeitung »Die Welt«.

Tops & Flops



Zwei Weltkriege hätten demografisch nicht so verheerend gewirkt, wie der nach dem Wirtschaftswunder einsetzende dauerhafte Geburtenrückgang. Jahr für Jahr weise Deutschland mehr Sterbefälle als Geburten aus. »Daran lässt sich nun auf Jahrzehnte hinaus nichts mehr ändern, denn die Eltern, die das ändern könnten sind nie geboren worden.« Der Bevölkerungswissenschaftler **Herwig Birg** redet nicht lange um den heißen Brei herum. Im Interview mit der Zeitung »Die Welt«, beklagt der Autor des Buches »Die ausgefallene Generation« auch den Umgang der Politik mit dem Thema Demografie: »Im zurückliegenden Wahlkampf haben wir erneut ein Allparteien-Schweigekartell gegen die existenzbedrohende demografische Fehlentwicklung erleben können. Die Parteien täuschen sich über die Zukunft unseres Landes und so wird zugleich der Rest der Gesellschaft mitgetäuscht.« Dass die Abtreibung von acht Millionen Kindern in den letzten drei Jahrzehnten eine beträchtliche Teilschuld an dieser Entwicklung besitzt, sagt Birg in dem Interview nicht. Wo kämen wir denn hin, wenn Journalisten danach fragten? *reb*



Herwig Birg



Niemand hatte erwartet, dass eine Änderung des § 218 auf der Agenda der neuen Regierung ganz oben stehen würde. Aber dass ausgerechnet die CDU-Politikerin **Ursula von der Leyen** kurz vor ihrer Vereidigung als Familienministerin allen Hoffnungen auf eine Reform des § 218 eine Absage erteilen würde, hat auch keiner erwartet. Im Interview mit dem »Rheinischen Merkur« sagte die Politikerin: »Das grundsätzliche Prinzip des Paragraphen 218 werden wir nicht mehr antasten. Da ist nach vielen gesellschaftlichen Diskussionen ein Konsens gefunden worden, der jetzt von allen Seiten getragen wird.«



Ursula von der Leyen

Das ist starker Tobak. Denn dass Abtreibung gegen das Menschenrecht auf Leben und die Verfassung verstößt, ist evident. Wie soll ein angeblicher gesellschaftlicher Konsens, das »heilen« können? Vorausgesetzt von der Leyen weiß, was sie sagt, müsste sie, wenn das Parlament auf die Idee käme, die Sklaverei straffrei zu stellen, dann nicht dasselbe sagen: »Da ist nach vielen gesellschaftlichen Diskussionen ein Konsens gefunden worden, der jetzt von allen Seiten getragen wird.«? *reb*



Aus dem Netz gefischt

www.youthforlife.net

Ihr erklärtes Ziel besteht in der Förderung der »Kultur des Lebens«. Seit ihrer Gründung im Jahr 1997 sorgt die »Jugend für das Leben«, die als eigenständiger Verein organisiert wurde und die Anerkennung der Österreichischen Bischofskonferenz genießt, immer wieder mit spektakulären Aktionen dafür, dass der mangelnde Schutz menschlichen Lebens in Österreich öffentlich debattiert wird. Doch handelt es sich bei den öffentlichkeitswirksamen Kundgebungen und Demonstrationen, nur um die Spitze eines Eisberges.

Zum Alltag der »Jugend für Leben« zählen vielmehr Einsätze in Schulen und Pfarreien. Auf Einladung informieren die jugendlichen Lebensrechtler dabei zum Beispiel Schüler ab 13 Jahren über Fakten, Ursachen und Auswirkungen der Abtreibung. Die Nachfrage nach diesem Ange-

»Schuleinsätze zum Thema Abtreibung online bestellbar.«

bot ist mittlerweile so hoch, dass auf der Internetseite der »Jugend für das Leben« (www.youthforlife.net) zu diesem Zweck sogar ein Anforderungs-Formular bereitgehalten wird, das online ausgefüllt und abgeschickt werden kann.

Wissenswertes findet sich aber auch auf der Homepage selbst. Allgemeinverständlich und seriös werden in deutscher und englischer Sprache dort Fragen wie »Wann beginnt das menschliche Leben?«



oder »Wie entwickelt sich das menschliche Leben?« beantwortet und Fakten zu den Abtreibungsmethoden und ihren Folgen geboten. Unter den Buttons »Aktuelles« und »Internationales« finden sich auf der übersichtlich gestalteten Homepage Nachrichten zu verschiedenen Lebensrechtsthemen, österreich- und weltweit. Ein aktuell gehaltener Veranstaltungskalender und ein kostenlos abonnierbarer Newsletter runden das nutzerfreundliche und solide Webangebot der jungen Lebensrechtler ab. Fazit: Ein Bookmark lohnt.

reb

»Deutschland. Das von morgen« (4)

»Du bist Deutschland«. So lautet eine Kampagne, die eigenen Angaben zufolge Mut machen will. Und Mut ist etwas, das Deutschland wirklich brauchen kann. Schließlich wird es ja nun gleich von zwei Volksparteien regiert.

Die, so heißt es, könnten, wenn sie wollten, den Reformstau auflösen. Ob sie wollen, wird sich noch zeigen müssen. Fest steht dagegen: Union und SPD müssten erheblich weniger wollen, wenn sie mit der Reform des § 218 vor zehn Jahren nicht der Selbstdezimierung Deutschlands den Weg geebnet hätten. 130.000 zusätzliche Bürger pro Jahr, sind auch 130.000 zusätzliche Konsumenten. Denn von Luft und Liebe allein können auch Kinder nicht leben. In zwei Jahren macht das 260.000, in fünf 650.000 und in zehn

1,3 Millionen. Wer weiß, dass die Abtreibungszahlen in Wirklichkeit rund doppelt so hoch sind wie die gemeldeten, kommt auf 2,6 Millionen pro Dekade. Menschen, die unser Leben nicht nur als Personen bereichert hätten, sondern als Nebenwirkung auch für eine gewaltige Binnennachfrage gesorgt hätten, die nicht ohne Folgen für Arbeitsplätze und die sozialen Sicherungssysteme geblieben wäre. Davon abgesehen, kostet die gesetzlich geregelte Selbstvernichtung die verbleibende Solidargemeinschaft auch noch zusätzliche Millionen. Denn wie LebensForum-Leser längst wissen, werden Abtreibungen mit Steuergeldern in Höhe von rund 40 Millionen Euro pro Jahr subventioniert.

Stefan Rebder

KURZ & BÜNDIG

ALfA: Koalitionsvertrag enttäuscht

»Der Koalitionsvertrag von Union und SPD zeigt bedauerlicherweise wenig Licht und viel Schatten in aktuellen Lebensrechtsfragen.« Das erklärte die Vorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA), Claudia Kaminski, nach Durchsicht des beinahe 200 Seiten umfassenden Vertrags. Als »positiv« wertete Kaminski, dass die neue Bundesregierung der Förderung der adulten Stammzellforschung »besondere Bedeutung« zumesse und »ethische Grenzen« auf dem Feld der regenerativen Medizin beachten wolle. Allerdings sei der Begriff »ethische Grenzen« ziemlich dehnbar. »Da zudem ein explizites Bekenntnis zur geltenden Stichtagsregelung keinen Eingang in den Vertrag gefunden hat, wird die ALfA die Entwicklung auf diesem Gebiet auch in Zukunft genau beobachten müssen. Anlass zur Entwarnung geben die gefundenen Formulierungen leider nicht«, so Kaminski weiter. Als »echten Skandal« wertete Kaminski den Umgang der Koalitionspartner mit dem Thema Abtreibung. Zwar heiße es in dem Koalitionsvertrag zutreffend: »Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber (...) in seinem



Dr. med. Claudia Kaminski

Urteil bezüglich der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch eine Beobachtungs- und eventuelle Nachbesserungspflicht auferlegt.« »Es demonstriert aber die unglaubliche Wirklichkeitsferne der Koalitionäre, wenn es weiter heißt: »Wir werden dieser Verpflichtung auch in der 16. Legislaturperiode nachkommen«, so Kaminski. In »Wahrheit hat die Politik unter Missachtung der Verfassung und des Karlsruher Urteils bei der Abtreibung zehn Jahre lang die Hände in den Schoß gelegt. Die Formulierung des Koalitionsvertrages lässt darauf schließen, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern soll«, so die ALfA-Vorsitzende weiter. Vor diesem Hintergrund könne auch der Beteuerung der Regierung prüfen zu wollen, »ob und gegebenenfalls wie die Situation bei Spätabtreibungen verbessert werden kann«, keine besonders hohe Bedeutung zugemessen werden.«

reb